

Strukturen «durchrütteln»: Krankenhäuser wollen sich öffnen

Eschborn (dpa/lhe) - Gesundheit aus einer Hand - das wünschen sich die hessischen Krankenhäuser nach der nächsten Bundestagswahl. «Wenn wir die Grenze zwischen ambulant und stationär - also zwischen niedergelassenen Ärzten und Krankenhäusern - mal durchrütteln, könnten wir sehr viel Gutes tun», sagte der Präsident der Hessischen Krankenhausgesellschaft, Christian Höftberger, der Deutschen Presse-Agentur.

Am Wochenende veröffentlichen die Hessischen Krankenhäuser in einem Thesenpapier ihre politischen Positionen für die nächste Legislaturperiode. Ganz oben auf der Agenda steht Höftberger zufolge, «die alten und längst überholten Pfade» zwischen Kliniken und Arztpraxen zu verlassen: «Wir müssen Gesundheitspolitik vom Patienten her denken.» Gerade in Regionen, in denen es wenig Ärzte gebe, müssten die Anbieter enger zusammenarbeiten.

Die Krankenhäuser seien bereit, sich zum «Gesundheitsstandort» weiterzuentwickeln, ergänzte Prof. Steffen Gramminger, Direktor der Hessischen Krankenhausgesellschaft. Ein erster Schritt wäre aus seiner Sicht, wenn die Krankenhausplanung der Länder und die Bedarfsplanung für Arztsitze der Kassenärztlichen Vereinigungen nicht länger unabhängig voneinander betrachtet würden, sondern «sektorübergreifend im Sinne einer gemeinsamen Gesundheitsplanung» in einer Hand lägen.

Die ambulante Notfallversorgung sollte schon in dieser Legislaturperiode neu geregelt werden, aber dann kam die Pandemie dazwischen. Eine Reform müsse nun «dringend angegangen werden», sagte Gramminger. Die Krankenhäuser wünschen sich, dass die Patienten gezielter an die richtige Stelle gelotst werden, also mit kleinen oder nicht eiligen Beschwerden in eine Arztpraxis und nicht in eine Notaufnahme gehen. Dafür soll das Modellprojekt eines «Gemeinsamen Tresens» wie in Frankfurt-Höchst breiter ausgerollt werden: «eine Anlaufstelle für den Patienten».

04. September 2021

Mit freundlicher Genehmigung der Deutschen Presseagentur GmbH